

# Schriften der Deutschen Hochschule für Politik

Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

## I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

Heft 9

Carl Schmitt

Nationalsozialismus und Völkerrecht

---

## Nationalsozialismus und Völkerrecht

Von

Dr. Carl Schmitt

o. ö. Professor an der Universität Berlin  
Preußischer Staatsrat

1934

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

---

**Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden  
seitens der NSDAP. keine Bedenken getragen.**

Alle Rechte vorbehalten  
insbesondere das der Übersetzung  
in fremde Sprachen

Copyright 1934 by Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin

Printed in Germany

Druck der Hofbuchdruckerei von C. Dünnhaupt, G. m. b. H., Dessau.

---

1.

Wenn ein trotz seiner Wehrlosigkeit und Entrechtung wesentliches Glied der Völkerrechtsgemeinschaft wie das deutsche Volk sich innerlich ändert und umbildet, eine andere innerstaatliche Struktur und eine neue geistige Verfassung erhält, so ändert sich auch die gesamte Völkerrechtsgemeinschaft. Denn die innerstaatliche Ordnung ist Grundlage und Voraussetzung der zwischenstaatlichen Ordnung, jene strahlt in diese aus, und es gibt überhaupt *keine zwischenstaatliche Ordnung ohne innerstaatliche Ordnung*. Es ist eine spezifisch nationalsozialistische Erkenntnis, daß die *Art einer Gemeinschaft* wesentlich durch die *Art der Mitglieder dieser Gemeinschaft* bestimmt wird. Daraus folgt, daß das Recht der zwischenstaatlichen Beziehungen und Verbindungen nicht aus einem abstrakt-normativistischen und Regelndenken heraus errichtet, sondern nur als eine *konkrete Ordnung bestimmt gearteter, in ihrer konkreten Eigenart anerkannter Staaten und Völker* entwickelt werden kann. Die nationalsozialistische Denkweise strebt zu einer von *innen* heraus gestalteten Ordnung. Im Völkerrecht, als einer auf der Koexistenz selbständiger Staaten- und

Völkerindividualitäten beruhenden Ordnung, liegt diese Denkweise in der Natur der Sache selbst.

Alles Völkerrecht ist abhängig von der Art der Staaten und Völker, die sowohl die allgemeine Völkerrechtsgemeinschaft wie auch ihre besonderen Ausprägungen bilden. Schon der erste Blick auf die verschiedenen zwischenstaatlichen Gemeinschaften zeigt aber, daß *Deutschland* nach dem Versailler Diktat in einer besonderen, *rechtlich abnormen Lage* ist: es ist *kein gleichberechtigter Staat*. Wir erheben daher als erste existentielle Forderung den Anspruch, die völkerrechtliche Lage Deutschlands und damit Europas zunächst einmal in einen Zustand zu bringen, den man als *normal* bezeichnen kann. Für uns ist das ein völkerrechtlicher Anspruch, den wir nicht zu einem „bloß moralischen“ Anspruch oder zu einer „bloß politischen“ Forderung abschwächen lassen, den wir vielmehr als einen echten, auch im juristischen Sinne wahren *Rechtsanspruch* geltend machen und auf Grund dessen wir uns, solange er nicht erfüllt ist, *entrechtet* und mißachtet fühlen. Das ist die für die gesamte Völkerrechtsordnung fundamentale Bedeutung unseres Anspruchs auf Gleichberechtigung. Er steht im Mittelpunkt alles dessen, was man über die heutige innere Ordnung oder Nicht-Ordnung der Völkergemeinschaft und über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Völkerrecht sagen kann. Er ist das zentrale Problem. Hätte der nationalsozialistische Staat und das nationalsozialistische Deutschland zu diesem Anspruch nichts anderes vorzubringen, als teils advokatorische, teils ideologisch-postulatorische Argumentationen, wie manche frühere Regierungen des Weimarer Systems, die ja auch von „Gleichberechtigung“ gesprochen haben, so hätte unser Thema „Nationalsozialismus und Völkerrecht“ keinen tieferen Sinn. Es hat aber einen tieferen, und zwar in spezifischer Weise rechtlichen Sinn. Unser Anspruch auf Gleichberechtigung ist kürzlich noch von *Victor Bruns*<sup>1</sup> in einer geradezu klassischen Weise nach seinen verschiedenen juristischen Seiten hin dargelegt worden. Dieser Anspruch ist sowohl nach den rechtsverbindlichen Erklärungen des Präsidenten Wilson und anderer Staatsmänner wie nach dem Inhalt des Versailler Vertrages juristisch begründet. Er steht außerdem in dem großen Gesamtzusammenhang des durch die nationalsozialistische Bewegung neuerwachten *rechtlichen Ordnungsdenkens*. Er ergibt sich aus einer Auffassung des Völkerrechts, die sich von der in den letzten 15 Jahren vorherrschenden Auffassung des Völkerrechts dadurch unterscheidet, daß sie tiefer in einem eigentlichen substanzhaften Rechtsdenken begründet ist. Daß unser Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung durch den Sieg des nationalsozialistischen Gedankens im deutschen Volke eine ganz neue Kraft bekommen hat, erklärt sich nicht nur gefühlsmäßig und „emotional“. Wir sind auch zu einer neuen Besinnung auf das richtige Verhältnis von Recht und konkreter Existenz eines Volkes, auf den untrennbaren Zusammenhang von juristischer Norm und völkischem Lebensrecht gekommen.

Der Anspruch auf Gleichberechtigung, den wir erheben, geht von der Vorstellung aus, daß es *Grundrechte der Staaten und Völker* gibt, die eine Völkerrechtsgemeinschaft überhaupt erst möglich machen. Dieser Grundrechtsbegriff entspringt der juristischen Erkenntnis, daß überhaupt keine menschliche Gemeinschaft ohne echte Grundrechte, d. h. ohne spezifische, gemeinschaftswesentliche Rechtspositionen der Mitglieder dieser Gemeinschaft bestehen kann. Solche Grundrechte *tragen* die Gemeinschaft und ihre konkrete Ordnung; ohne sie wäre die Gemeinschaft auch juristisch nicht konstruierbar; ihre Verletzung würde diese Gemeinschaft selber zerstören, wobei es relativ gleichgültig wäre, welches Gerüst von Regeln und normativistischen Formulierungen über den Grundrechten aufgebaut wird. Solche Regeln und Normen erhalten ihre rechtliche Kraft und ihren Rechtscharakter überhaupt erst von den Grundrechten her. Es gibt nun so viele Arten von Grundrechten wie

---

<sup>1</sup> Deutschlands Gleichberechtigung als Rechtsproblem, Vortrag, gehalten in der ersten Vollsitzung der Akademie für Deutsches Recht am 5. November 1933, Berlin 1934; ferner der Vortrag vom 4. Juli 1934 in der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, „Völkerrecht und Politik“, erschienen in den Schriften der Deutschen Hochschule für Politik 1934.

es Arten menschlicher Gemeinschaft gibt. Es sind daher nicht alle Grundrechte notwendig gleicher Struktur wie die individualistischen Grundrechte der liberalen Verfassungen, die sich im innerstaatlichen Recht des 19. Jahrhunderts als die geläufigste Form von Grundrechten durchgesetzt haben. Übrigens waren auch diese liberalen Grundrechte, solange der Liberalismus lebendig war und eine gewisse, wenn nicht formende, so doch aktive Kraft hatte, echte Grundrechte; sie gehörten wesentlich zu einer individualistisch konstruierten Gesellschaft, die, ebensowenig wie irgendein anderes menschliches Zusammenleben, ohne spezifische Grundrechte undenkbar ist. Zu jeder anderen, nicht-individualistischen Gesellschaft oder Gemeinschaft gehören erst recht Grundrechte. Sie haben auch zu allen Zeiten dazu gehört. Insbesondere sind die Grundrechte der Völkerrechtsgemeinschaft, die uns heute wieder zum lebendigen Bewußtsein kommen, keine neue Erfindung. Solange auch nur ein Schatten von Frieden und Ordnung im Zusammenleben der europäischen Völker bestand, sind stets unter irgendwelchen Formeln und Bezeichnungen Grundrechte der Staaten und Völker von diesen Staaten selbst und auch von allen Völkerrechtslehrern anerkannt worden. Erst in den letzten Jahrzehnten sind sie in dem Schutt positivistischer Formulierungen und in Pakten aller Art untergegangen. Für uns kommt es jetzt darauf an, zu diesen reinen, von allen verständigen Völkerrechtslehrern der Vergangenheit anerkannten Quellen völkerrechtlichen Denkens zurückzukehren.

Wir sprechen also wieder von Grundrechten, von Grundrechten der Völker und der Staaten, und insbesondere von den Grundrechten derjenigen Staaten, die sich selbst unter Besinnung auf ihre eigene Art innerstaatlich in Ordnung gebracht haben. Ein solcher Staat ist der nationalsozialistische Staat, der das deutsche Volk zur Besinnung auf sich selbst und seine Art zurückgeführt hat. Von dem selbstverständlichsten aller Grundrechte, dem Recht auf *eigene Existenz*, gehen wir aus. Es ist ein unveräußerliches, ewiges Grundrecht, in dem das Recht auf *Selbstbestimmung*, *Selbstverteidigung* und auf die *Mittel der Selbstverteidigung* enthalten ist. Damit ist eine einfache und klare juristische Grundposition gegeben, von deren Anerkennung nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern auch das Schicksal einer europäischen Völkerrechtsgemeinschaft und eines Völkerrechts überhaupt abhängt. Unser rechtlicher Standpunkt ist also eindeutig und sicher. Wir haben eine in rechtswissenschaftlicher Systematik erprobte Rechtsgrundlage, wie sie kein Volk der Erde jemals besser und fester innegehabt hat.

## 2.

Von diesem Standpunkt aus sind wir in der Lage, mit wissenschaftlichem Blick und in sachlicher Kritik die heutige Lage des Völkerrechts richtig zu erfassen und zu beurteilen. Von unserem eigenen festen Standpunkt aus können wir die Welt juristischer Argumentationen, die uns entgegentritt, können wir auch das riesige Gerüst von Verträgen und Pakten, Bündnissen und Ententen juristisch durchschauen und diesem babylonischen Turm seinen völkerrechtsgeschichtlichen Platz anweisen. In dem großen geistigen Kampf, der sich in der Theorie und Praxis des Völkerrechts heute abspielt, können wir sowohl unseren eigenen geistigen Standort klar bestimmen und festhalten wie auch den Standort der Gegner richtig erkennen und bewerten.

Wie stellt sich, von diesem unserm Standpunkt aus betrachtet, das Völkerrecht dar, das sich in dem letzten, uns unmittelbar angehenden Zeitabschnitt entwickelt hat? Der letzte Abschnitt des Völkerrechts ist vom Jahre 1919, dem Jahr der Pariser Friedenskonferenzen, bis zu den Jahren 1933/34 – Austritt Japans und Deutschlands aus und Eintritt der bolschewistischen Sowjet-Union in den Völkerbund – zu datieren. Er ist durch eine merkwürdige *Scheinblüte des Völkerrechts* gekennzeichnet. Dadurch, daß 1919 im Anschluß an die Pariser Vorortverträge ein „Völkerbund“ mit zahlreichen Konferenzen und Kommissionen, daß ferner Schiedsgerichte, ein Dutzend gemischter Schiedsgerichte und vor allem ein ständiger internationaler Gerichtshof in Funktion traten, entstand ein *internationaler Rechtsbetrieb*, der manche äußerliche Ähnlichkeiten mit einem *innerstaatlichen* Rechtsbetrieb

hatte. Das führte zu der falschen Vorstellung, es lasse sich alles, was innerhalb der Staaten in einem positivistischen Jahrhundert an Jurisprudenz, an Methoden der Gerichtspraxis, der Rechtswissenschaft, der Kommentare, der Vorentscheidungen und der juristisch-positivistischen Argumentation entstanden war, nunmehr einfach aus dem innerstaatlichen Rechtsleben in einen zwischenstaatlichen internationalen Rechtsbetrieb übertragen. Man hat tatsächlich versucht, den ganzen für das 19. Jahrhundert charakteristischen *Positivismus*, der das Wesen des Rechts in der Erzwingbarkeit sah und sich *innerhalb* der einzelnen Staaten entwickeln konnte, als „allgemeine“ Methode „des“ Rechts auf die zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen zu übertragen. Das lag nach einem Jahrhundert positivistischen Zwangsdenkens nahe und war psychologisch begreiflich. Wo Prozesse geführt werden oder einigermaßen prozeßähnliche Prozeduren vor sich gehen, entwickelt sich immer auch eine Art von Jurisprudenz. Wo ein justizähnlicher Betrieb mit Advokaten, Richtern, Kommentatoren, Gutachtern, Satzungen, Präzedenzfällen und Präjudizien in Gang kommt, scheint auch ein System der Rechtswissenschaft zu entstehen. Es werden sich dann auch Staaten finden, die gern den noch fehlenden Gerichtsvollzieher spielen und den „Exekutor“ machen. Das ist der Ausgangspunkt und die äußerliche Erklärung für jene Scheinblüte der Völkerrechtswissenschaft in den letzten fünfzehn Jahren. Die Scheinblüte bekundete sich in Sammlungen von Entscheidungen, Publikationen des Völkerbundes, mehr oder weniger offiziellen Beschlüssen und einer ungeheuren Literatur, deren Quantum kaum noch übersehbar ist. Wer sich an die Zahl der Bücher, Dissertationen und Zeitschriften dieses ganzen Schrifttums hält, muß feststellen, daß es noch niemals in der Weltgeschichte so viel Völkerrecht gegeben habe wie in den letzten fünfzehn Jahren.

Im Anschluß an diese Art von Völkerrechtsbetrieb entstand auch eine ihm adäquate Theorie. Ihre „Schule“ stammte aus Wien. Sie wollte „reine“ Rechtslehre sein, faßte aber trotzdem das Recht ganz positivistisch als bloße Zwangsnorm auf. Sie kämpfte gegen den Begriff der staatlichen Souveränität und für einen normativistisch gedachten durchgängigen Stufenbau des Rechts, an dessen Spitze die Völkerrechtsnormen stehen sollten. Sie konstruierte die Völkerrechtsgemeinschaft, statt in ihr eine konkrete Ordnung konkret existierender Völker zu sehen, als ein Normensystem mit einer ebenfalls normativistisch gedachten „Verfassung“, deren „Grundnorm“ der Satz „*pacta sunt servanda*“ sein sollte.<sup>2</sup> Alles, was situationsmäßig sinnvoll sein konnte, z. B. die Clausula rebus sic stantibus oder gar der Vorbehalt der vitalen Interessen, war ihnen verdächtig. Man sprach statt dessen von der „Heiligkeit der Verträge“, d. h. der Zwangsdiktate. Wer diese ganze Literatur aufmerksam betrachtet, wird feststellen, daß sie nicht nur zufällig zeitlich in diese Epoche der Scheinblüte von 1919 bis 1933 gehört, sondern auch politisch in der Sache allen Tendenzen entspricht, die sich in dieser Scheinblüte entfalteten. Der Erfolg dieser Art von Rechtslehre beruhte wahrlich nicht auf der Kraft ihrer juristischen Argumente oder ihrer wissenschaftlichen Unwiderleglichkeit. Er erklärt sich ganz und ausschließlich aus der Herrschaft einer bestimmten, den Versailler Imperialismus heiligenden Weltanschauung und der ihr zugehörigen pazifistischen und liberal-demokratischen politischen Gesinnung. Auch der völkerrechtliche Lehrbetrieb an den deutschen Universitäten war zum größten Teil von dieser Art Scheinblüte her bestimmt. Viele deutschen Lehrer des Völkerrechts, die nicht eigentlich Pazifisten waren, haben sich doch dieser Denkweise gefügt. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, kann man im ganzen leider nicht sagen, daß die gesamte deutsche Völkerrechtswissenschaft sich einheitlich mit derselben Sicherheit eines unbeirrten Rechtsgefühls sofort in echter geistiger Selbstverteidigung gewehrt habe wie kleinere Völker, z. B. der in dieser Hinsicht besonders hervorragenden Ungarn. Es gibt aus diesen 15 Jahren Dokumente geistiger Ahnungslosigkeit, Dissertationen und Abhandlungen traurigster Art, die wir heute lieber vergessen wollen, weil sie einer großen Nation wie der deutschen

---

<sup>2</sup> A. Verdross, Die Verfassung der Völkerrechtsgemeinschaft. Berlin 1926.

unwürdig sind.<sup>3</sup> Auch in einer kleinen Nation, die nicht die weltgeschichtliche Bedeutung Deutschlands hat, wären manche von ihnen kaum möglich gewesen, solange diese Nation als Nation existierte.

So stellt sich uns das Bild einer 15jährigen Scheinblüte dar, mit einem ungeheuer aufgeblähten wissenschaftlichen und praktischen Völkerrechtsbetrieb. Wenn wir diesen Betrieb an der ihm zugrunde liegenden rechtlichen *Substanz* messen, ergibt sich ein erstaunliches Mißverhältnis. Bei aller humanitären Ideologie und weltanschaulichem Pazifismus wurde doch immer betont, daß es sich um *positives* Völkerrecht handle und die Jurisprudenz eine positiv-rechtliche Wissenschaft bleibe, deren Recht nur Zwangsnorm und nichts anderes war. Gerade Rechtslehrer, die von einer normativistisch „reinen Rechtslehre“ sprachen, lehnten das Naturrecht ab und legten großen Wert darauf, „Positivisten“ zu sein.

Was ist nun die positive Grundlage, auf der sich dieses Gerüst von Völkerrechtsbetrieb erhob? Was ist in der Sache der Rechtsgehalt, die Gerechtigkeitssubstanz, die dem so ungeheuer ausgedehnten, theoretisch und praktisch so aufgeblähten Betrieb dieses Völkerrechts zugrunde lag? Stellt man diese einfache Frage, so zeigt sich sofort ein merkwürdiges, erstaunliches *Mißverhältnis*. Die „positive“ Grundlage dieses positivistischen Rechtsbetriebes ist der Versailler Vertrag mit den anderen Pariser Vorortverträgen. Was diese Verträge an echten Rechtsgedanken und schöpferischen Rechtsideen enthalten, ist gleich Null. Sie enthalten nicht nur keine zukunftsweisenden, irgendwie rechtsgestaltenden neuen Ideen, sie sind sogar ausgesprochen Unrechtsverträge. Es gibt heute genug kritische Äußerungen und Darstellungen zum Versailler sogenannten „Friedensvertrag“, die zeigen, daß er weder ein Vertrag noch ein Friedensvertrag ist. Er ist kein *Vertrag*, sondern ein besonders rücksichtsloses *Diktat*; und er enthält keine echten Friedensgedanken, sondern schafft mit seiner Kriegsschuldlüge (Art. 231) und seiner einseitigen Entmilitarisierung (Art. 42–44) und Entwaffnung Deutschlands (Teil V) *Unfrieden*, weil er eine innerlich unbefriedete Situation zu stabilisieren sucht. Eine von Professor *Raab* herausgegebene Zusammenstellung ausgezeichneten Abhandlungen legt die Ungerechtigkeiten und Selbstwidersprüche dieses Versailler Instruments im einzelnen dar; auch Professor *Victor Bruns* hat vor kurzem gezeigt, daß die vierzehn Punkt Wilsons die vertragliche Grundlage sind, auf der die Ablieferung der deutschen Waffen im November 1918 vor sich ging<sup>4</sup>: Sie hätten allen weiteren Abmachungen, wenn diese Recht und Vertrag und nicht nur Gewalt und Diktat sein sollten, als Grundlage und Bedingung gelten müssen; sie sind im Versailler Diktat in einer geradezu zynischen Weise verletzt und mißachtet worden. Nach solchen Darlegungen braucht hier nicht weiter auf die Selbstwidersprüche und die inneren Ungerechtigkeiten dieses Vertrages eingegangen zu werden. Er enthält in fast jedem Artikel so viele absichtlichen Beleidigungen, Erniedrigungen und Demütigungen Deutschlands, daß heute bereits für manchen Neutralen die bloße Lektüre aufreizend und kaum erträglich ist. Es bleibt staunenswert, daß ein großes Volk angesichts dieses Dokuments 15 Jahre lang ein solches Maß von Geduld und Disziplin bewahrte. Ich kann als Gelehrter des Völkerrechts, der sich jahrelang von Berufs wegen mit diesem Dokument zu befassen hatte, einen Gedanken nicht verschweigen, der sich mir beim Studium des Versailler und der anderen Zwangsinstrumente immer stärker und unwiderstehlicher aufdrängte: sollte später einmal, wie wir es hoffen, eine wahre Befriedung Europas eingetreten sein, und jedes Volk, von der Gesinnung des Friedens durchdrungen, den festen Willen haben, diese Gesinnung und Stimmung des Friedens nicht durch aufreizende Schriften und Pamphlete stören und

---

<sup>3</sup> Vgl. darüber den ausgezeichneten Aufsatz von *H. Barandon*, *Weltfremde Völkerrechtswissenschaft in der Zeitschrift Völkerbund und Völkerrecht*, Juli 1934.

<sup>4</sup> Vortrag über „Völkerrecht und Politik“, gehalten in der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin, am 4. Juli 1934. Die Veröffentlichung von *Fr. Raab* (mit Beiträgen von *R. Horneffer*, *B. Schwertfeger* und *K. Trampler*) ist unter dem Titel „Die Vertragsverletzungen bei Auferlegung und Ausführung des Diktats von Versailles“, Berlin 1934, erschienen.

gefährden zu lassen, so würden die Regierungen, denen an der Aufrechterhaltung des Friedens gelegen ist, gut daran tun, das Studium des Versailler „Vertrages“ nicht zu propagieren.

Der eigentliche Kern der völkerrechtlichen Lage, auf deren Basis sich jene Scheinblüte eines Völkerrechtsbetriebes erhob, läßt sich am besten durch einen geschichtlichen Vergleich erkennen: Im Jahre 1815 haben die siegreichen europäischen Mächte gegenüber dem in einem 25jährigen Koalitionskrieg besiegten und am Boden liegenden Frankreich eine gerechte, die Souveränität Frankreichs respektierende völkerrechtliche Ordnung gefunden, die über ein Menschenalter lang den Frieden Europas außenpolitisch gesichert hat, ohne daß es zu einem aufgeblähten Völkerrechtsbetrieb von der Art des Versailler Nachkriegs gekommen wäre. Im Jahre 1871 hat das siegreiche Deutsche Reich das besiegte Frankreich sofort wieder als souveränen Staat und vollgültiges Mitglied der Völkerrechtsgemeinschaft behandelt, niemand hat daran gedacht, den Besiegten zu entehren, dauernd zu entwaffnen und als nichtsoveränen Staat zu behandeln. Aber auch nach 1871 ist nicht von einer neuen Epoche des Völkerrechts gesprochen und ein großer Völkerrechtsbetrieb in Szene gesetzt worden, obwohl auch hier eine ziemlich lange Friedenszeit begann. Und nunmehr sollte auf der Grundlage eines Instruments, das an innerem Unrecht, an Mißhandlungen und Beleidigungen des Besiegten in der ganzen Weltgeschichte seinesgleichen sucht, eine neue, glorreiche Epoche des Völkerrechts und der Völkerrechtswissenschaft beginnen? Das Unrecht der diktierten Zwangsnormen ist so groß, daß der ursächliche Zusammenhang von Schrumpfung der Rechtssubstanz und Normeninflation ohne weiteres erkennbar wird.

### 3.

Das Mißverhältnis dieser rechtlichen Grundlage zu dem auf ihr errichteten positivistischen Rechtsbetriebe ist ungeheuerlich. Wie sollen wir Deutschen uns zu einem derartigen inneren Widerspruch von materiellem Unrecht und juristischer Scheinblüte verhalten?

Verschiedene Antworten sind hierauf möglich und auch gegeben worden. Das Nächstliegende scheint zu sein, alles Völkerrecht und diesen ganzen Rechtsbetrieb als Irrtum oder Betrug zu verwerfen und den Rechtscharakter des Völkerrechts überhaupt zu leugnen. Damit wäre man zu einer Vorkriegsthese zurückgekehrt, nach der das Völkerrecht – sei es mangels eines Gesetzgebers, sei es mangels eines Richters, sei es endlich mangels der Erzwingbarkeit – kein Recht ist. Man würde dann in dem Zusammenhang von Völkerrechtsinflation und Schrumpfung der Rechtssubstanz einen neuen Beweisgrund für die alte Beugungsthese finden und mit ihrer Hilfe zu der Position Philipp Zorns vom Jahre 1907 zurückkehren. Ein im übrigen sehr interessantes völkerrechtliches Buch aus dem Jahre 1933 hat sich auf diesen Weg begeben und die Grundthese schon in der Überschrift „Außenstaatsrecht“ statt Völkerrecht angedeutet.<sup>5</sup>

Ich halte diese Antwort nicht für richtig; sie scheint mir sogar im Kern *reaktionär* zu sein; denn sie entspringt eben dem positivistischen Geist, den wir bekämpfen, weil er das Recht zu einer bloßen Zwangsnorm erniedrigt und dieser Rechtsbegriff uns heute gerade von der Versailler Seite her entgegentritt, die Recht zu haben behauptet, weil sie große Zwangsmöglichkeiten hat und sich neue zu verschaffen sucht. Das, was wir heute als eine trügerische Scheinblüte durchschauen, war ja gerade durch die irrige und unzulässige Übertragung der Methoden eines innerstaatlich unter Umständen möglichen, positivistischen Rechtsbetriebes auf eine zwischenstaatliche Lage entstanden. Wenn wir nun in der Denkweise des Positivismus das Völkerrecht ablehnen, liefern wir uns eben diesem Positivismus aus und geben ihm sozusagen freie Hand, sich nunmehr, statt auf immerhin noch diskutable innerstaatliche Normen, auf international diktierte Satzungen und

---

<sup>5</sup> Ludwig Schecher, Deutsches Außenstaatsrecht, Berlin 1933; dazu die Besprechung von E. Tatarin-Tarnheyden in der Zeitschrift Völkerbund und Völkerrecht, August 1934.

Zwangsnormen zu berufen. Diesen Zwangsdiktaten wird Erzwingbarkeit verschafft, indem man sie als „positives Recht“ ausgibt und gleichzeitig wird umgekehrt dadurch, daß man Zwang und Vergewaltigung ausübt, der Rechtsbegriff des Positivismus (Recht = erzwingbare Norm) erfüllt und der vergewaltigende Staat zum Gerichtsvollzieher und Exekutor erhoben. Der juristische Positivismus macht eben Zwang und Gewalt zum Merkmal des Rechts. Wir dürfen dieser Art von Positivismus keinerlei Entgegenkommen zeigen und lehnen daher diese erste Antwort ab.

Eine zweite Antwort, die ebenfalls naheliegt, geht dahin, das Recht des Versailler Vertrages als „nun einmal positives Recht“ anzuerkennen, außerdem aber an ein „Naturrecht“ oder eine „metajuristische“ Moral zu appellieren. Wir flüchten dann aus dem Recht in erdachte und konstruierte, seien es „nur vernunftrechtliche“ oder „nur moralische“ Ansprüche hinein. Das tut z. B. Walter Schücking hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Schücking erkennt als Pazifist und Demokrat das Unrecht des Versailler Diktats; aber als Jurist sieht er keinen anderen Ausweg als die Flucht aus einem unmoralischen Recht in eine rechtlose Moral. Gerade diese Unterscheidung von Recht und Sittlichkeit hat der Führer in seiner Rede vom Leipziger Juristentag am 3. Oktober 1933 mit aller Energie in der großartigsten Weise abgelehnt. Unser Rechtsbegriff bleibt mit Gerechtigkeit und Sittlichkeit untrennbar verbunden. Wir reißen nicht das positive Recht einer Satzung oder einer Vertragsnorm vom dem substanzhaften Recht der guten Sache los; wir isolieren nicht eine losgelöste Normativität von der konkreten Ordnung oder Unordnung der wirklichen Lage, für die sie gelten soll. Auch diesen Ausweg in abstrakt vernunft- oder naturrechtliche Forderungen, in eine utopische Moral oder ein richtiges Recht lehnen wir ab. Für uns gibt es nur Recht und Unrecht, und das unrichtige und unsittliche Recht ist für uns kein Recht.

Die dritte Antwort schließlich ist bolschewistisch-nihilistisch. Sie läuft darauf hinaus, daß wir uns einfach außerhalb des Kreises der europäischen Völker stellen. Ein bolschewistischer Völkerrechtslehrer hat sie in einem höchst beachtenswerten Buch gegeben.<sup>6</sup> Zwischen dem kommunistisch-bolschewistischen Sowjetstaat und den andersgearteten kapitalistisch-liberalen Staaten gibt es danach überhaupt keine völkerrechtliche Gemeinschaft, es gibt auch keinen Frieden, sondern nur Waffenstillstand, so, wie es z. B. früher zwischen Türken und Christen keine Völkerrechtsgemeinschaft und keinen Frieden, sondern nur Waffenstillstand gab.

Wieweit die bolschewistische Rechtslehre diese Auffassung auch nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund beibehalten wird, ist eine offene Frage. Jedenfalls halte ich das nicht für die Antwort, die wir im heutigen nationalsozialistischen Deutschland geben können. Wir gehören zur Rechtsgemeinschaft der europäischen Völker. Wir gehören so notwendig dazu, daß es ohne oder gar gegen uns überhaupt kein europäisches Völkerrecht gibt. Wir können aus dieser Gemeinschaft europäischer Völker nicht ausgeschlossen oder „exkommuniziert“ werden. Jeder Versuch, uns auszuschließen, gleichgültig von welchem Staat oder welcher Staatenverbindung er ausgeht, schlägt auf seinen Urheber zurück. Er verneint das Grundrecht jedes Volkes auf Existenz und Achtung und zerstört die Grundlagen der europäischen Gemeinschaft und mit ihnen das europäische Völkerrecht überhaupt. Wer das deutsche Volk exkommunizieren will, exkommuniziert nur sich selbst.

#### 4.

Wir stützen uns auf unser substanzhaft gutes Recht, auf das Grundrecht unserer Existenz, wenn wir unser Recht auf Gleichberechtigung geltend machen. Von dort aus geben wir die Antwort auf die völkerrechtlichen Fragen, die uns angehn. Auf diesem Standpunkt des Rechtes auf eigene Existenz, als des Grundrechts jeder Völkerrechtsgemeinschaft, sind wir auch juristisch jedem Einwand überlegen. Die juristische Überlegenheit unseres Standpunktes zeigt sich darin, daß wir die *inneren Widersprüche* und die *innere*

---

<sup>6</sup> E. A. Korowin, Das Völkerrecht der Übergangszeit. Deutsche Ausgabe. Berlin 1929.

*Selbsterstörung* des auf uns lastenden Zwangsnormensystems erkennen und durchschauen. Das ist etwas juristisch durchaus Entscheidendes und keineswegs nur „negative Kritik“ oder ein ohnmächtiges Räsonnement. Es läßt sich heute mit rechtswissenschaftlicher Exaktheit zeigen, daß das Legalitätssystem des Versailler Status quo keiner inneren Folgerichtigkeit fähig und nicht imstande ist, auch nur die allernotwendigsten Ansätze zu einem in sich einheitlichen juristischen Kosmos zu bilden, sei es in der Gestalt eines in sich selbst konsequenten Normensystems, sei es in einer lebensfähigen Institution. Das „Recht“ ist nicht eine beliebige Summe von Zwangsdrohungen, nicht eine Reihe zusammengestellter Befehle und Diktate, sondern es hat seine eigene, innere Logik und Folgerichtigkeit. Als Recht bewährt es sich darin, daß es sich mit einer spezifischen Logik und Folgerichtigkeit zu einem widerspruchsfreien Ganzen und einer konkreten Friedensordnung entwickeln kann. Nur dadurch vermag es die Menschen zu überzeugen und einen Glauben an den Rechtscharakter eines konkreten Rechtsinhaltes hervorzubringen. Ohne das sind die „Strohfeuer“ diktiertur Satzungen oder Vertragsnormen bald erloschen. Zu dieser inneren organischen Folgerichtigkeit, also zu einer eigentlichen Rechtswissenschaftlichkeit, hat sich das Versailler System als unfähig erwiesen. Die Scheinblüte eines aufgeblähten Völkerrechtsbetriebes, von der wir in unserer Erörterung der gegenwärtigen Lage des Völkerrechts ausgingen, ist rasch verwelkt. Sie erscheint immer mehr als eine fadenscheinige Kulisse vor einem juristischen Nichts, ein durchsichtiges Gewebe über dem inneren Chaos und der Totenleere eines von keinem Rechtsprinzip beseelten Komplexes ungerechter Zwangsnormen.

Der *Kriegsschuldartikel* (Art. 231) des Versailler Vertrages macht den Versuch, den Zwangsnormen des Diktats eine sittliche und gerechte Grundlage zu geben. Aber die ganze Kriegsschuldlüge ist auch in ihren subtilen juristischen Formen längst zusammengebrochen und preisgegeben.<sup>7</sup> So enthält die Tatsache dieses Artikels ein Selbstzeugnis für die juristische Notwendigkeit einer echten Rechtssubstanz, ebenso wie die juristische Preisgabe der Kriegsschuldlüge den Mangel an echter Rechtssubstanz beweist.

Es ist ferner kennzeichnend, daß der Genfer Völkerbund, der das Versailler System mit der Würde einer echten Rechtsinstitution umkleiden sollte, sich als unfähig erwiesen hat, eine echte, legale *Revisionsmöglichkeit* zu schaffen. Die Völkerbundsatzung enthält in Artikel 19 einen vorsichtigen Versuch, ein Revisionsverfahren einzuführen. Auch dieser Versuch ist von grundsätzlicher Bedeutung, weil er das Anerkenntnis enthält, daß es ohne echte Revisions- und Anpassungsmöglichkeiten keine Völkerrechtsgemeinschaft gibt. Irgendeine konkrete Vorstellung eines „normalen“, innerlich berechtigten Verteilungsprinzips, sei es auch nur das äußerliche Gleichgewicht der Staaten und der Völker, gehört zu jeder Ordnung; ohne ein fachinhaltliches Legitimitätsprinzip, wie z. B. das Selbstbestimmungsrecht der Völker oder einen anderen Gerechtigkeitsgesichtspunkt, kann keine Völkerrechtsgemeinschaft bestehen. Sonst wäre sie nichts als der krampfhafteste Versuch, die Lage irgendeines weltgeschichtlich betrachtet willkürlichen Stichtages, etwa des 28. Juni 1919, zu verewigen. Warum soll die Weltgeschichte gerade am 28. Juni 1919 plötzlich stillstehen, und warum soll das gerade Recht sein? Auf diese einfache, auch juristisch entscheidende Frage hat das ganze Versailler System keine juristisch befriedigende Antwort zu geben vermocht. Dadurch, daß man eine Revisionsmöglichkeit geschaffen hat, hat man die rechtliche Bedeutung der Revisionsfrage anerkannt und zugegeben, daß es kein lebendiges Recht ohne eine effektive Revisionsmöglichkeit geben kann. Aber gleichzeitig hat man diesen Weg und dieses Ventil sofort wieder verschüttet und versperrt. Der Selbstwiderspruch ist augenfällig. In 15 Jahren eines chaotisch unbefriedeten Zustandes ist von dieser Revisionsmöglichkeit des Artikels 19 kein einziges Mal praktisch Gebrauch gemacht worden. Einige hilflose, von Bolivien 1921 und China 1929 unternommene Anläufe sind bereits im allerersten Stadium erstickt worden und beweisen nur die praktische

---

<sup>7</sup> H. M. Beheim-Schwarzbach, *Der Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages* (Völkerrechtsfragen Heft 41). Berlin 1934.



Bedeutungslosigkeit des Revisionsartikels der Völkerbundsatzung. Man hat also ein ungeheures juristisches Vertragsnormensystem errichtet, das keine rechtlichen Wachstumsmöglichkeiten und keine natürliche Lebensentfaltung zuläßt, sondern aus dem Recht ein lebens- und entwicklungsfreundliches Instrument der Verewigung eines bestimmten Augenblickes macht, und zwar eines Augenblickes höchsten Unrechts, eines Augenblickes, in dem blinder Haß und eine maßlos sich sättigende Rachsucht triumphierten.

Ebenso schlecht steht es mit den Versuchen, ohne eine echte Friedensgrundlage ein *Kriegsverhütungssystem* zu schaffen. Im Kern aller politisch bedeutungsvollen Beilegungs-, Vermittlungs-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsverträge ebenso wie aller Nichtangriffspakte steht die Frage nach der Definition des Angreifers. Heute läuft diese Definition des Angreifers immer auf die Frage nach der Zuständigkeit zur Bestimmung des Angreifers hinaus. Auch die angeblich „automatischen“, d. h. durch Selbstanwendung einer normativen Regelung sich ergebenden Bestimmungen des Angreifers wie z. B. die des Genfer Protokolls von 1924, münden in die alte Frage: Quis iudicabit? Wer entscheidet, ob eine Vertragsverletzung vorliegt, ob die entmilitarisierte Zone verletzt ist, ob die Bürgen des Westpaktes von Locarno, England und Italien, einspringen müssen oder nicht? Alle Großmächte, insbesondere England, betonen immer wieder, daß jeder Garant *selbst* entscheidet. Die Beantwortung der Frage, wer der Angreifer ist, liegt also in all den vielen Nichtangriffspakten – die doch als solche einen konkreten Begriff vom *Angreifer* voraussetzen – einfach in der Hand jeder Großmacht, die sich im konkreten Fall zu entscheiden hat. Die Folge eines solchen „Nichtangriffspaktes“ ist demnach – weil jede Großmacht *für sich* darüber entscheidet, wer der Angreifer ist und ob der Fall des Nichtangriffspaktes vorliegt oder nicht – nur eine *Legalisierung des Krieges*. Dem angegriffenen Schwachen, gegen den sich die Entscheidung einer Großmacht richtet, wird die juristische Möglichkeit genommen, sich auf sein Recht zu berufen. Hier zeigt sich am besten, wie diese positivistische Legalisierung den letzten Rest von sachlichem und substanzhaftem Recht zerstört. Es ist kein Zufall, daß alle juristischen und positivistischen Präsumtionen und Fiktionen des Angreifers *immer zu Lasten des Schwachen und des Entwaffneten* gehen. Wir haben im Versailler Vertrag bei der Normierung der entmilitarisierten Zone in Artikel 42 ein horrendes Beispiel solcher juristischen Fiktionen des Angreifers. Wenn Deutschland die entmilitarisierte Zone verletzt, so gilt das nach jenem Artikel 42 als eine „Störung des Weltfriedens“ und als ein Angriff gegen jeden einzelnen der 27 Staaten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben. Wenn in Düsseldorf Sonntags nachmittags eine Militärkapelle spielt, so wird das nach einer übelwollenden „Auslegung“ des Artikels 42 juristisch zu einem „Angriff“ auf Siam und Portugal. Wenn aber die Franzosen mit einer ganzen modern ausgerüsteten Armee, mit Tanks und Kanonen in das deutsche Ruhrgebiet einmarschieren, so ist das „juristisch“ kein Angriff, sondern eine „friedliche“ Maßnahme! Dieses System juristischer Um-Etikettierungen muß jedes Recht zerstören, das Ansehen des Völkerrechts vernichten und den letzten Rest des gesunden Rechtsempfindens anständiger Völker ausrotten. Im Januarheft 1932 der „Friedenswarte“ hat ein bekannter pazifistischer Völkerrechtslehrer, Professor Hans Wehberg in Genf, das Vorgehen der Japaner gegen Schanghai – über dessen sachliche Begründung hier nicht zu urteilen ist – „juristisch“ als eine „friedliche Maßnahme“ hingestellt, von der er wörtlich sagte, daß sie „allerdings von Schlachten größeren oder kleineren Umfanges“ begleitet sei, daß es aber für den Begriff des Krieges im juristischen Sinne auf solche Schlachten nicht ankomme, weil auch „Schlachten größeren oder kleineren Umfanges“ „friedliche“ Maßnahmen sein könnten.

So wird der Friede, nach dem eine gequälte Menschheit sich sehnt, zu einer juristischen Etikette, die man den blutigsten Vorgängen aufkleben kann! Es war der Scheinblüte eines aufgeblähten Völkerrechtsbetriebes vorbehalten, in solcher Weise die Rechtsbegriffe zu verwirren und mit einem kaum noch menschlichen Zynismus die Fälschung gerade des *Friedensbegriffes* als Völkerrecht und Völkerrechtswissenschaft auszugeben. Bei dieser Art

Jurisprudenz kann heute niemand mehr wissen, was Krieg ist. Ein bekannter amerikanischer Völkerrechtler, Borchard, hat anlässlich der „Ächtung“ des Krieges durch den Kellogg-Pakt von 1928 die Frage gestellt, ob dieser Pakt eine Ächtung des Krieges oder nur eine Legalisierung der „vorbehaltenen“ Kriege sei.<sup>8</sup> Die Frage ist allgemein berechtigt und gilt für das ganze Versailler „Kriegsverhütungssystem“. Es ist mit Hilfe jener Art Völkerrecht juristisch nicht auszumachen, Was Krieg und Frieden eigentlich ist. Eine rechtliche Ordnung wird durch juristische Fiktionen verwirrt. Über der politischen und der rechtlichen Wirklichkeit ist ein beziehungsloses, fiktives Normengewebe ausgespannt, durch das alle Begriffe sinn- und situationslos werden und jede konkrete Beziehung zu der konkreten Ordnung eines friedlichen und gerechten Neben- und Miteinanderlebens gegenseitig sich achtender Völker verlieren.

## 5.

Die ganze Welt empfindet heute gefühlsmäßig diese allgemeine Selbsterstörung, die von Tag zu Tag mehr hervortritt. Aber auch mit den Mitteln einer exakten Völkerrechtswissenschaft läßt sich nachweisen, in welchem Maße das positivistische System, das man auf der Grundlage des Versailler Diktats und der Situation von 1919 zu errichten versucht hat, brüchig und geistig bankrott ist. Hunderte von Normen, die in den letzten Jahrzehnten zur Sicherung des Friedens entworfen und aufgestellt wurden, sind mangels einer echten Rechtssubstanz innerlich ausgehöhlt. Es ist eine für jede völkerrechtswissenschaftliche Betrachtung der Gegenwart zentrale Tatsache, daß es *in der Geschichte des Völkerrechtes noch niemals so viele und so fundamentale „Vorbehalte“ gegeben hat, wie seit etwa 30 Jahren*. Noch auf der ersten Haager Friedenskonferenz von 1899 galt es als etwas Ungewöhnliches und nicht ganz Korrektes, bei der Unterzeichnung von Verträgen und Erklärungen Vorbehalte anzufügen. Bereits auf der zweiten Haager Friedenskonferenz von 1907 hat man, wie Anzilotti<sup>9</sup> festgestellt hat, von 14 Abkommen 12 nur unter Vorbehalten angenommen, und zwar machten 28 Staaten zusammen 65 Vorbehalte. Oft ist ein besonderes Studium notwendig, um ausfindig zu machen, wozu sich der einzelne Staat gegenüber jedem der verschiedenen anderen Staaten eigentlich verpflichtet hat. Bei dem Beitritt zur Fakultativklausel (Art. 36 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofs) ist ein so verwirrendes Hin und Her vielseitiger Vorbehalte entstanden, daß es schon fast der Lebensarbeit eines scharfsinnigen Spezialisten bedarf, um die Rechtslage jedes beitretenden Staates gegenüber jedem andern beigetretenen Staate im einzelnen zu präzisieren. In demselben Maße, in dem sich ein Vordergrund zahlloser Normierungen zu jener Scheinblüte entwickelte, hat sich im Hintergrunde eine ebenso starke Menge von Vorbehalten aufgetürmt; und je mehr es sich positivistisch erweiterte, ist das Gebäude dieses Normensystems von innen heraus durch Vorbehalte entleert worden, so daß nur noch eine Fassade steht. Auch der Kellogg-Pakt wurde nur mit ganz fundamentalen Vorbehalten (Recht der Selbstverteidigung, der sog. britischen Monroedoktrin des Locarno-Vertrages usw.) angenommen. Die Vorbehalte, die heute zu allen wichtigen Kollektivverträgen gemacht werden, sind *nicht etwa nur einschränkende und begrenzende Modifikationen, es sind existentielle und sinngebende Vorbehalte*, die dem Vertrag überhaupt erst seinen Sinn und Inhalt geben. Kein politisch bedeutender Vertrag, der nicht durch diese Vorbehalte überhaupt erst seinen konkreten juristischen Inhalt bekäme.

Das ist das praktische Ergebnis der Versuche, durch eine ungeheure Zahl geschriebener Normierungen auf einer nicht befriedeten Grundlage ein positivistisches Normensystem zu errichten. Das System hat sich von innen heraus selber zerstört, indem es seine eigenen Totengräber in der Gestalt dieser Vorbehalte fortwährend erzeugte. So ist es dazu gekommen, daß heute nicht mehr die Verträge, sondern die Vorbehalte den eigentlichen

---

<sup>8</sup> American Journal of International Law, 1929, S. 116f.

<sup>9</sup> Lehrbuch des Völkerrechts (deutsche Übersetzung von Cornelia Bruns und K. Schmid), Bd. I, S.305.

Inhalt des Völkerrechts darstellen. Die positivistisch-normativistisch mißachteten völkerrechtlichen *Grundrechte* haben sich auf dem Wege jener existentiellen Vorbehalte, insbesondere des unausrottbaren Vorbehaltes der Selbstverteidigung, höchst wirkungsvoll gerächt; sie haben ihre juristische Überlegenheit über die Fiktionen eines gerechtigkeitsleeren Rechtsbetriebes eindringlich dokumentiert. Einen höchst beachtenswerten ersten Anfang rechtswissenschaftlicher Klarstellung dieses Problems der Vorbehalte hat eine bedeutende Abhandlung von Professor Carl Bilfinger gemacht.<sup>10</sup> Es bedarf aber noch weiterer Arbeit, um Licht zu verbreiten und die Erkenntnis der Tragweite jener existentiellen Vorbehalte im völkerrechtlichen Leben fruchtbar zu machen. Aber es ist nur eine Frage der wissenschaftlichen Konzentration, die ich den Studenten der Rechtswissenschaft und der Politik an einer Hochschule für Politik ans Herz legen möchte, daß die fundamentale juristische Bedeutung der Vorbehalte aller Welt zum Bewußtsein kommt. Hier entwickelt sich unaufhaltsam eine immer stärkere, vernichtende Widerlegung eines pseudojuristischen Systems, das dem natürlichen geschichtlichen Leben der Völker und den Grundrechten einer wahren Völkerrechtsordnung nicht gerecht zu werden vermochte.

## 6.

Jedes auf einer unbefriedeten, in sich ungeordneten Staatenlage errichtete Normensystem muß sich durch die Praxis der existentiellen und sinngebenden Vorbehalte von innen heraus selbst zerstören. Aber auch der Versuch einer *institutionellen* Sicherung des Versailler Systems, der *Genfer Völkerbund*, war keines natürlichen Wachstums fähig und hat sich in sich selbst fortwährend widerlegt. Als die Vereinigten Staaten von Amerika sich entschlossen, dem Genfer Völkerbund *nicht* beizutreten, hatte er bereits eine Seele verloren. Denn die Seele dieses Völkerbundes war Wilson und seine liberal-demokratisch-humanitäre Ideologie. Wilson ist und bleibt der Gründer des Genfer Völkerbundes; mit ihm ist dieser „Bund“ als Bund entseelt und gestorben. Bereits im Jahre 1920 war diese erste fundamentale Wandlung eingetreten. Sie ging so tief, daß man den Genfer Völkerbund, wie er auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 beschlossen und satzungsmäßig festgelegt worden war, und den Genfer Völkerbund des Jahres 1920 überhaupt nicht mehr als identische Größen ansehen kann. Ich gebe dem „*Temps*“, freilich von einer anderen Seite her, durchaus recht, wenn er in seinem Leitartikel vom 29. Juni 1934 sagt, durch die Nichtratifikation Amerikas sei der ganze Vertrag von Versailles gefälscht („faussé“) worden.<sup>11</sup> In der Tat, ein gefälschter Vertrag wurde die Grundlage eines auf juristischen Fiktionen aufgebauten Völkerrechtsbetriebes. Ob die Vereinigten Staaten von Amerika Mitglied des Völkerbundes sind oder ob nicht, ändert die rechtliche Natur dieses Gebildes von Grund auf, da jede Gemeinschaft wesentlich von der Art und der Gesinnung seiner Glieder bestimmt ist. Das bescheidene Maß an Objektivität und Gerechtigkeit, das Deutschland in den letzten 15 Jahren seiner verzweifelten Situation erfahren hat, wurde ihm nicht vom Genfer Völkerbund, sondern, wie schon die mit den Lösungsversuchen des Reparationsproblems verbundenen Namen *Dawes-* und *Young-Plan* zeigen, auf dem Wege über die Vereinigten Staaten zugebilligt. Die Genfer „Gerechtigkeit“ aber war bereits 1920 „gefälscht“ und die Institution nicht mehr identisch mit sich selbst.

Eine zweite Wandlung trat dadurch ein, daß die anfangs vorausgesetzte *liberal-demokratische Homogenität der Mitglieder Völkerbundes* entfiel. Auch hier zeigt sich, daß die Art der Mitglieder die Art einer Gemeinschaft wesentlich bestimmt. Als erster

---

<sup>10</sup> Betrachtungen über politisches Recht in der Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. I 1930/31, S. 57–76. Ganz unzulänglich und ein Beispiel „weltfremder Völkerrechtswissenschaft“ ist die Göttinger Dissertation von U. Scheidtmann, Der Vorbehalt beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge. Berlin 1934.

<sup>11</sup> Le Traité de Versailles s'est trouvé faussé dans son essence et sa portée par le fait de sa non-ratification par les Etats-Unis qui eut pour consequence de faire tomber la garantie solidaire anglo-américaine.

Völkerbundsmitglied hat sich das faschistische Italien vom Demoliberalismus befreit. Es hat einen starken Widerstand überwinden müssen, um sich als nicht-liberaldemokratisches Mitglied des Genfer Völkerbundes, der stillschweigend noch immer an der liberaldemokratischen Homogenität festhielt, zu behaupten. Aber selbst in der Internationalen Arbeitsorganisation, die ein Hort und ein Schutzwall der Zweiten Internationale und der ihr zugehörigen liberal-demokratischen Ideologien war, hat es sich durchgesetzt. Zahlreiche andere Staaten, wie Polen, Jugoslawien, Österreich, Türkei, sind heute vollgültige und normale Mitglieder des Genfer Völkerbundes, obwohl sie alles andere als in einem liberaldemokratischen Sinne normale Staaten sind. In diesem Verzicht auf die liberaldemokratische Homogenität sehe ich die zweite Wandlung des Genfer Völkerbundes.

Die dritte, ebenfalls Kontinuität und Identität aufhebende Veränderung liegt in dem Austritt Japans und des Deutschen Reiches, die beide ständige Mitglieder des Völkerbundes waren. Eine vierte, wiederum fundamentale Wandlung des Genfer Gebildes wäre der Beitritt des bolschewistischen Rußland, der Sowjetunion, als eines „normalen“ Mitgliedes und ständigen Ratsmitgliedes des Genfer Bundes. Sie ist von ungeheurer völkerrechtlicher Tragweite, denn sie enthält die Anerkennung des Bolschewismus als eines „juristischen Welt-Systems“ und einer „großen Form der Zivilisation“ (vgl. Art. 9 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag).<sup>12</sup>

So hat die Genfer Einrichtung sich im Laufe von 15 Jahren in ihrer rechtlichen und geistigen Substanz, in ihren Voraussetzungen und ihren Ergebnissen sozusagen auf den Kopf gestellt. Sie begann mit Intervention, Boykott und offener Feindschaft gegen die bolschewistische Sowjetunion, und endet jetzt mit dem Beitritt eben dieser Sowjetunion, als eines vollgültigen Mitgliedes und einer „führenden“ Macht. Der Genfer Völkerbund ist infolgedessen kein Bund und keine echte Gemeinschaft mehr, sondern nur noch ein opportunistisches Bündnis alten Stils, ein Bündnis eben jenes Allianzsystems, das zum Weltkrieg von 1914 führte. Damit ist auch der letzte Schein einer institutionell gesicherten Neuordnung, wie sie im Genfer Völkerbund versucht war, entfallen.

### Schluß.

Unsere Kritik an dem positivistisch-normativistischen Zangsnormengeflecht von Versailles und dem auf seiner Grundlage errichteten Völkerrechtsbetrieb ist sachlich und wissenschaftlich tief begründet. Hinter dem dünnen Firnis juristischer Legalisierungen erkennt heute jeder die Grimasse einer niedrigen und grausamen Art von Vergewaltigung und Unterdrückung. Die Normen sowohl wie die Institutionen dieses Systems haben keine innere Gerechtigkeit und keine rechtliche Substanz und können infolgedessen auch keine juristische Folgerichtigkeit und Überzeugungskraft aus sich entwickeln.

Die Rechtssubstanz des europäischen Völkerrechtsdenkens liegt heute bei uns. Wir machen sie geltend, wenn wir unser Grundrecht auf Gleichheit und Gleichberechtigung, unser Grundrecht auf eigne Existenz, auf Selbstbestimmung, Selbstverteidigung und auf die Mittel der Selbstverteidigung geltend machen. Wir stehen, im Vollbesitze eines nicht nur formalistischen Rechtsbegriffs, gegenüber einem rechtsentleerten und entseelten System positivistischer Zwangsnormen. Wir haben den juristischen Leerlauf eines auf substanzhafte Gerechtigkeit verzichtenden Rechtsbetriebes durchschaut und lassen es nicht mehr zu, daß Recht und Gerechtigkeit auseinandergerissen werden. Wir sind heute imstande, ein auf bloßem Zwang beruhendes Diktat und eine nur „positivistische“ Vergewaltigung von dem guten Recht der guten Sache zu unterscheiden.

Unser Standpunkt in der heutigen völkerrechtlichen Situation ist demnach klar umschrieben. Wir täuschen uns nicht über die gewaltige Rüstung und die schrecklichen

---

<sup>12</sup> Dazu die Aufsätze „Sowjetrußland und Völkerbund“ von Staatsrat Prof. Frhr. von Freytagh-Loringhoven, Deutsche Juristenzeitung, Juli 1934, S. 960ff., und Carl Schmitt in Völkerbund und Völkerrecht, August 1934, S. 263f.

Zwangsmittel des uns feindlichen Versailler Systems. Aber wir unterwerfen uns nicht geistig den vergewaltigenden Fiktionen seines toten Positivismus. Wir zanken nicht wie schlechte Advokaten um Silbenstechereien eines wucherischen Vertrages. Wir haben Genf verlassen, haben zwei große Prozesse mit den Polen, die bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof schwebten, abgebrochen und uns Auge um Auge mit dem polnischen Staat und dem polnischen Volk verständigt. Damit haben wir unsere Bereitschaft erwiesen, einen Ansatz und Anfang zu einer wirklichen und gerechten Befriedung des unbefriedeten Europa zu machen. Wir flüchten weder in ein abstraktes Naturrecht, noch in die chaotische Verzweiflung eines bolschewistischen Systems der Kampfansage an die Welt. Wir stehen auf dem Boden eines einfachen und konkreten Rechts, dessen Grundlagen, solange es noch etwas von einer Völker- und Staatenordnung in Europa gab, stets anerkannt waren. Dieser Rechtsstandpunkt läßt sich ohne Mühe verstehen und praktisch wie theoretisch weiterführen. Seinen guten Sinn wird jeder begreifen, dessen Rechtsdenken durch die beziehungslose Künstlichkeit positivistisch-formalistischer Konstruktionen und Fiktionen noch nicht zerstört ist. Darum können wir trotz aller gegenwärtigen Entrechtung hoffen, unseren guten Kampf um das Recht schließlich doch zu gewinnen.